



Deutscher Hanfverband

1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?

Für uns war und bleibt die wichtigste Säule in der Drogen- und Suchtpolitik die Prävention. Sie ist in Sachsen leider nicht so stark, wie wir uns das wünschen. In den letzten Jahren konnten wir hier zwar ausbauen, aber die Schwerpunktsetzung muss noch viel mehr auf intensive Präventionsarbeit gelegt werden. Repression halten wir in unserer aktuellen Situation trotzdem für einen legitimen Teil der Drogenpolitik, wenn wir ihn auch so gut es geht durch starke Präventionsarbeit obsolet machen möchten. Aber wer Gesundheit und am Ende auch Menschenleben gefährdet und zerstört, ganz besonders durch Produktion von harten und schmutzigen Drogen, muss mit Strafverfolgung rechnen und auch die Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. Priorität sollte dabei die Verfolgung der organisierten kriminellen Strukturen haben, zu oft wird sich nur auf die „kleinen Fische“ konzentriert.

2. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

3. Nach dem Urteil des BVerfG von 1994 sollen "Geringe Mengen" für den Eigenbedarf nicht strafrechtlich verfolgt werden. Wie stehen Sie zur aktuellen Verordnung zur Anwendung der "Geringen Menge" nach §31a BtMG in Sachsen und planen Sie Änderungen?

5. Nach §3 Abs. 2. BtMG kann eine Kommune oder ein Land eine Ausnahmegenehmigung für eine legale Veräußerung von Cannabis beantragen, wenn dies im wissenschaftlichen oder öffentlichen Interesse liegt. Wie stehen Sie zu einem Modellversuch für eine kontrollierte Veräußerung von Cannabis an Erwachsene?

12. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 2, 3, 5 und 12.

Wir sind davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Drogenpolitik ihren Schwerpunkt darauf setzen muss, Suchtverhalten gar nicht erst entstehen zu lassen. Ob Menschen ein Suchtverhalten entwickeln oder nicht, hängt nicht von der Verfügbarkeit des Suchtmittels ab, sondern von der Güte ihrer Lebensumstände. Das wird deutlich, wenn man die Suchtmittel Alkohol und Cannabis vergleicht: Das eine ist legal verfügbar, das andere nicht; mit beiden Drogen können Menschen einen verantwortungsvollen und einen verantwortungslosen Umgang pflegen. Das vollständige Verbot von Cannabis hat sich als unwirksames Mittel der Suchprävention erwiesen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der Besitz von Cannabis legalisiert, der Handel damit unter staatliche Kontrolle gestellt und die Altersgrenze für den legalen Konsum auf 18 Jahre festgelegt wird. Gleichzeitig werden wir besser aufklären und den Anbau, Vertrieb und die Verarbeitung des Suchtmittels unter strenge staatliche Kontrolle stellen. Die finanziellen Mittel, die durch die Entkriminalisierung eingespart und die staatliche Besteuerung eingenommen werden, fließen der Suchtprävention zu. Durch die Legalisierung von Cannabis wollen wir es den Dealern harter Drogen wie Crystal schwerer machen und die Strafverfolgung konzentrieren.

4. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

Die SPD Sachsen befürwortet ein Legalisierungs-Modell für Cannabis, bei dem Anbau, Handel und Vertrieb unter staatlicher Kontrolle erfolgen. Deswegen halten wir es momentan nicht für sinnvoll, den Privatanbau vollständig straflos zu stellen, wenn einfach zugängliche Bezugsquellen zur Verfügung stehen.

6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?

Im Bereich Cannabis sehen wir in unserem Legalisierungs-Modell keinen Bedarf für Drug-Checking, da die strenge staatliche Kontrolle Qualität garantiert. Bei anderen Drogen setzen wir v. a. auf Präventions-, Beratungs- und Sozialarbeit. In Städten, wo es nötig ist, wollen wir die Einrichtung von Drogenkonsumräumen

möglich machen. Drug-Checking wollen wir als eine Möglichkeit in einem gesamtheitlichen Ansatz der Suchtarbeit prüfen.

7. Cannabiskonsumenten werden bei der Überprüfung der Fahreignung gegenüber Alkoholkonsumenten benachteiligt. Selbst ohne eine berauschte Teilnahme am Straßenverkehr kann Menschen, die Cannabis konsumieren, der Führerschein über das Verwaltungsrecht entzogen werden. Setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung mit Alkoholkonsum bei der Auslegung der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ein?

8. Der reine Besitz von Cannabis - ohne einen Bezug zum Straßenverkehr - wird nahezu regelmäßig von der Polizei an die Führerscheinstellen gemeldet Dies widerspricht u.E. der Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 20.06.2002, in dem u.a. festgestellt wird, dass der Besitz, der einmalige oder gelegentliche Konsum von Cannabis ohne Einfluss auf das Führen von Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr keine fahrerlaubnisrechtlichen Maßnahmen nach sich führen sollte. Wollen Sie in Sachsen an dieser Praxis festhalten oder diese ändern?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 7 und 8:

Spätestens mit Umsetzung unseres Legalisierungsmodells wird es zwingend notwendig sein, die Grundlagen für die Feststellung und Beurteilung der Fahreignung von Cannabiskonsumenten auf deren Nachvollziehbarkeit und Tauglichkeit zu überprüfen und dem neuen gesellschaftlichen Umgang mit Cannabis anzupassen.

9. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen, beispielsweise über Bundesratsinitiativen, auch bundesweit zu vertreten?

Bundesratsinitiativen sind für uns ein gängiges Mittel, um politische Positionen in den Bereichen voranzubringen, in denen Landeskompentenzen nicht ausreichen. Hierfür braucht es in jedem Fall die Abstimmung mit Koalitionspartnern.

10. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Landespartei und Landtagsfraktion in der aktuellen Legislaturperiode?

Als Regierungsfraktion hat die SPD vor allem über die Doppelhaushalte wichtige Beschlüsse vorgebracht. Dazu gehört, die deutliche Erhöhung der Gelder für die Suchtberatungs- und -behandlungsstellen, sodass dort v. a. mehr Personal angestellt werden konnte. Außerdem wurden Wohnprojekte für suchtkranke Menschen, besonders für Mütter mit ihren Kindern, aufgebaut und Angebote für

Beschäftigung und Teilhabe ausgebaut. Darüber hinaus wurde schwerpunktmäßig der 10-Punkte-Plan gegen Crystal umgesetzt.

Über Anträge haben wir u. a. die bessere Vernetzung von Kinder- und Jugendarbeit mit der Suchthilfe auf den Weg gebracht („Kinder aus suchtbelasteten Familien unterstützen“ Drs 6/6417).

In der Partei war die Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen“ (ASG) Frau Simone Lang MdL über die vergangenen Jahre in ganz Sachsen mit einem Informationsformat zu Crystal unterwegs. Zusammen mit Präventionsmitarbeitern der Polizei und Sven Kaanen, dem Chefarzt der Fachklinik für Abhängigkeitserkrankungen in Weinböhla, sowie Betroffenen hat sie mehr als 20 Veranstaltungen – u. a. auch in Schulen – durchgeführt.

Programmatisch wurde das Thema Drogen und Suchtpolitik von verschiedenen Arbeitsgemeinschaften bearbeitet und mit Anträgen vorangebracht, besonders durch die Jusos, die ASG und die „Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen“ (ASJ).

11. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion für die kommende Legislaturperiode?

Wir möchten zunächst die unter 10. benannten Ansätze fortführen.

Sachsen braucht ein entschiedenes Vorgehen gegen harte Drogen; insbesondere Crystal hat sich in Sachsen in den letzten Jahren verbreitet. Diese Droge ist billig und macht in kürzester Zeit stark abhängig. Wir wollen die Bemühungen der Staatsregierung fortsetzen und ausbauen. Neben dem Ausbau der Präventionsangebote wollen wir die Anzahl der Therapieplätze erweitern.

Wir wollen die Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe weiter stärken. Wichtig sind uns dabei insbesondere schnelle und zuverlässige Hilfesysteme für betroffene Jugendliche und Kinder – sei es aufgrund eigener Alkohol- oder Drogenabhängigkeit oder Suchtbelastung in der Familie. Ein starkes Augenmerk muss dabei auf die Entstehung und die Gründe von übermäßigem Alkohol- und Drogenkonsum gelegt werden. Auch hier finden sich im Schul- und Arbeitsleben oftmals belastende Faktoren, die übermäßigen Alkohol- und Drogenkonsum begünstigen und dadurch zur Entstehung einer Abhängigkeit führen können. Neben der Weiterentwicklung von bereits bestehenden staatlichen Präventions- und Hilfemaßnahmen wollen wir rechtliche Rahmenbedingungen für Kommunen schaffen, die akzeptierende Drogenarbeit als anerkannten Bestandteil der

öffentlichen Drogenhilfe ausbauen und somit das bisherige Drogenhilfesystem sinnvoll ergänzen.

Die Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen in Sachsen ist schlecht. Lange Wartezeiten für eine ambulante Psychotherapie, die zu einer Chronifizierung der Störungen und langen Ausfallzeiten in Beruf, Ausbildung und in der Sorge für Kinder und Angehörige führen können, bestimmen den Alltag der Patientinnen und Patienten. Der Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten muss schnell und zuverlässig möglich sein. Insbesondere Menschen, die von Alkohol- oder Drogenabhängigkeit betroffen sind, brauchen dabei eine schnelle und konstante psychotherapeutische und auch sozialpädagogische Betreuung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Sachsen das Angebot für eine ambulante Psychotherapie durch die Schaffung von mehr Therapieplätzen und damit die Erhöhung der für psychologische Psychotherapeuten verfügbaren Kassensitze zu verbessern.

Außerdem wollen wir das in unserem Wahlprogramm (s. Antworten Fragen 2,3, 5 und 12) dargestellte Legalisierungs-Modell im Bereich Cannabis umsetzen.